

Verbesserungen einzelner Punkte, bis 1772, d.h. bis zum Übergang des Ermlands an Preußen, in Kraft blieb. Der Umstand, daß die meisten Bestimmungen in Vereinbarung mit dem Herzogtum Preußen festgelegt wurden, belegt die in wirtschaftlicher Sicht weiterbestehende engere Verknüpfung des Preußenlandes, die sich im politischen Bereich schon stärker gelockert hatte.

Das letzte Kapitel behandelt den Stellenwert der Landesverteidigung in den Beratungen der ermländischen Landtage. Die Verpflichtung zum Ritterdienst war im Ermland mit der Verleihung von Land zu Kulmer oder Magdeburger Recht verbunden. Güter mit 40 Hufen oder mehr waren zur Stellung eines Schwer- und wenigstens von zwei Leichtbewaffneten verpflichtet. Entsprechend geringer waren die Anforderungen an die Freien, Schulzen und Zinsbauern. Die Organisation des ermländischen Aufgebots richtete sich nach dem Muster des Ordensstaates, wo die Komtureien die einzelnen Bezirke bildeten. Oberbefehlshaber des ermländischen Aufgebots war der Landvogt. Daneben gab es zwei Rottmeister und einen Kapitän, die aus der Landkasse des Bistums besoldet wurden. Bei der Verteidigung der Grenzen sicherten sich die Bischöfe und das Kapitel gegenseitig Hilfe zu. In Zeiten auswärtiger Gefahr kam es häufig zum Zusammenwirken des Herzoglichen und des Königlichen Preußen, was sich auch auf das Ermland auswirkte. In Anbetracht der zahlenmäßig geringen Bevölkerung des Bistums war dessen militärisches Aufgebot bescheiden. Im Jahre 1587 wurden nur 477 Dienstpflichtige registriert, die zur Musterung aufgefordert wurden. Die Lage des Bistums im Herzen des Preußenlandes bedingte eingehende Beratungen über die Landesverteidigung auf den ermländischen Landtagen. Viele Initiativen blieben jedoch in Ermangelung finanzieller Mittel in den Ansätzen stecken, was sich besonders schmerzlich zur Zeit der Schwedenkriege im 17. Jh. zeigte.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß die ermländischen Landtage nur eine beschränkte Tätigkeit – vor allem auf lokaler Ebene – entwickeln konnten. Ihre Repräsentanten waren von der Mitwirkung in den Generallandtagen des Königlichen Preußen ausgeschlossen, wo die Vertretung ermländischer Interessen von den Bischöfen und deren Bevollmächtigten wahrgenommen wurde.

Berlin

Stefan Hartmann

Strefa bałtycka w XVI–XVIII w. Polityka – społeczeństwo – gospodarka. [Der Ostseeraum im 16.–18. Jahrhundert. Politik – Gesellschaft – Wirtschaft.] Ogólnopolska sesja naukowa zorganizowana z okazji 70-lecia urodzin Profesora Edmunda Cieślaka. Hrsg. von Jerzy Trzaska. Verlag Marpress. Gdańsk 1993. 230 S.

Der vorliegende Band enthält die Referate einer zu Ehren Professor Edmund Cieślaks in Danzig veranstalteten Tagung. Nach einer Würdigung der Verdienste des Jubilars um die Geschichtsforschung, die u.a. durch dessen beigefügtes umfangreiches Publikationsverzeichnis illustriert werden, folgt Cieślaks Beitrag über den „Platz Danzigs in der Struktur der Adelsrepublik (15.–18. Jahrhundert)“. Der Vf. setzt sich hier mit der Frage auseinander, ob Danzig in der Frühen Neuzeit als „Stadtstaat“ bezeichnet werden könne oder ob es nur über Privilegien wie andere größere Städte im Ostseeraum verfügt habe. Für C. liegt die Wahrheit in der Mitte. Trotz aller Selbstverwaltung sei Danzig immer dem Willen der polnischen Könige unterworfen gewesen, die wiederholt in die innere Verwaltung der Stadt eingegriffen hätten, wofür die Erweiterung der Kompetenzen der Dritten Ordnung durch Jan Sobieski ein Beispiel liefere. Danzig habe zwar aktiv am parlamentarischen Leben der Adelsrepublik teilgenommen, sich jedoch nach Möglichkeit dem Einfluß des Sejms entzogen, weil dieser als alleinige Vertretung des Adelsstandes häufig mit den Interessen des Danziger Patriziats nicht konform gegangen sei. Nach C. waren die im 18. Jh. zunehmend als anachronistisch

empfundenen Privilegien der Stadt ein Hemmschuh für die innere Reform des polnischen Staates. Das habe sich an ihrem Widerstand gegen die Einführung des Generalzolls und an ihrer wiederholten Anlehnung an auswärtige Mächte gezeigt, die den polnischen Interessen widersprochen hätten.

Józef Andrzej Gierowski schildert die „Ostseeproblematik in der Politik Augusts des Starken“. Anders als die letzten Jagiellonen habe August nicht an ein „*Dominium maris Baltici*“ gedacht, sondern eine den Interessen Sachsen-Polens entsprechende Handelspolitik im Ostseeraum betreiben wollen. Durch seine Mutter Anna Sophia, eine Tochter des Dänenkönigs Friedrich III., sei der Wettiner schon frühzeitig mit der „Ostseeproblematik“ bekannt geworden. Bereits kurz nach seiner Wahl zum König von Polen habe er versucht, seiner Seepolitik durch den Bau einer Flotte Gewicht zu verleihen. Durch die Gründung von Handelskompanien wollte er dem Vorbild anderer europäischer Staaten, vor allem Hollands, folgen. Nach dem Nordischen Krieg habe er diesen Plan durch den Bau von Schiffen erneut realisieren wollen, dieses Vorhaben sei aber wegen der Weigerung Spaniens, den Handel mit seinen amerikanischen Kolonien zuzulassen, nicht ausgeführt worden.

Jacek Staszewski stellt den polnischen König Stanisław Leszczyński „anders als bisher bekannt“ vor. Dessen Leben gliedert sich in einen polnischen und in einen lothringischen Abschnitt mit einer großen Lücke für die Jahre 1718–1733. Als schwierig für das Verfassen einer Biographie Leszczyńskis erweist sich auch der Streit um dessen Platz in der polnischen Geschichte, wird er doch von vielen Historikern als ein Usurpator von Schwedens und Frankreichs Gnaden angesehen. Seine Rolle während des Nordischen Krieges wird nur durch den Antagonismus zwischen der Szlachta und den Magnaten um die Richtung der Innen- und Außenpolitik verständlich. Es bedarf noch umfangreicher Quellenanalysen, um den „intellektuellen Reformkurs“ Stanisławs, der von Voltaire gewürdigt wurde, in seiner ganzen Bedeutung begreifen zu können.

Henryk Olszewski betrachtet „die Geschichte Polens im 16.–18. Jahrhundert im Urteil der Vertreter der historiographischen preußischen Schule“. Diese wurden vor allem von Hegel und Ranke beeinflusst, die einem Volk ohne Staat die Existenzberechtigung abgesprochen hatten. Für sie war ein Historiker „ein Historiker des Staates“. Im Mittelpunkt der Betrachtung standen die Außenpolitik und Diplomatie, das Militär- und Finanzwesen sowie die Verwaltung. Das mangelnde Interesse Rankes an Polen ist daher kaum verwunderlich. Polen war lediglich als Objekt der preußischen Politik in der Vergangenheit für ihn von Bedeutung. O. sieht darin eine direkte Verbindung zur kleindeutschen Politik Bismarcks, die auf der Nichtlösung der polnischen Frage beruht habe, eine These, die m.E. in dieser Verabsolutierung nicht aufrechtzuerhalten ist. Heinrich von Sybel habe gleichfalls zur Verfestigung des negativen Polenbildes in der preußischen Geschichtsschreibung beigetragen, indem er sich einseitig auf die Verfallserscheinungen der Adelsrepublik beschränkt, die Glanzzeit Polens im 16. Jh. dagegen ausgeklammert habe.

Bogdan Wachowiak befaßt sich mit der „Genese des Statthalteramts im Herzogtum Preußen im Jahre 1657“. Er diskutiert hier die Frage, ob die verhältnismäßig späte Einrichtung des Statthalteramts im Herzoglichen Preußen auf die starke Position der dortigen Stände zurückzuführen sei. Dabei ist zu erwähnen, daß die Nominierung Bogusław Radziwiłls zum Statthalter erst nach der Abschüttelung der polnischen Oberlehnsherrschaft im Wehlauer Traktat vom 19. September 1657 möglich war. Erst die Erlangung der Souveränität über das Herzogtum schuf die Voraussetzung für die Einbeziehung des Herzogtums Preußen in den sich allmählich entwickelnden brandenburg-preußischen Gesamtstaat, wofür die Einrichtung des Statthalteramtes in Königsberg ein erstes Zeugnis sein kann.

Am Beispiel der Erinnerungen Józef Wybickis und Teodor Anzelm Dzwonkowskis

schildert Waclaw Odyniec die Motive für die Auswanderung von Polen nach Holland. Obwohl schließlich beide nach Polen zurückkehrten, enthalten ihre Erinnerungen zahlreiche Belege über die wirtschaftliche und kulturelle Blüte der Niederlande, die sich vorteilhaft von den Verhältnissen in ihrer Heimat unterschieden.

Michał Komarzyński skizziert die Bemühungen des Prinzen Jakub Sobieski um schwedische Hilfe bei seiner polnischen Thronkandidatur während des Interregnums 1696/97, die die verwickelten politischen Verhältnisse am Vorabend des Nordischen Krieges beleuchten. Maria Bogucka betrachtet die Rolle Danzigs in der „Revolution des Ostseehandels im 17. Jahrhundert“. Die Kennzeichen dieser Veränderung waren die Verwendung neuer Schiffstypen, die Entwicklung des Faktoreisystems, die Vervollkommnung der Handelsbuchhaltung, der zunehmende Warenaustausch auf Wechsel und die Verringerung des Getreideexports zugunsten der Ausfuhr von Rohstoffen.

Stanisław Gierszewski umreißt die Bedeutung der slowakischen Provinzen Ungarns für Danzig an der Wende des 15. zum 16. Jh., wurden doch damals große Mengen slowakischen Kupfers über diesen Ostseehafen in alle Teile Europas verschifft. Czesław Biernat stellt Projekte zur Unterhaltung des Danziger Seetiefs in der zweiten Hälfte des 17. Jhs. vor, Andrzej Groth schildert die Tätigkeit der jüdischen Handelsfirma de Jonge in Memel zwischen 1664 und 1772, die damals zu den führenden Unternehmen in Ostpreußen gehörte, und Jerzy Trzóska beschreibt den Danziger Handel anhand der Berichte des schwedischen Residenten Jakob Brandlicht aus den Jahren 1724 bis 1729. „Alte und neue Unternehmen in Danzig in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts“ betrachtet Henryk Samsonowicz. Er skizziert hier den sich damals vollziehenden Umbruch in der Organisation des europäischen Handels, der immer mehr von den zentralisierten, kapitalkräftigen Unternehmen bestimmt wurde. Durch Vermittlung der Hanse begann sich dieser Prozeß auch in Danzig auszuwirken. Die Stadt wurde zunehmend in den europäischen Markt integriert, was sich an den vielen finanziellen Transaktionen dortiger Handelshäuser zeigt.

Am Beispiel des Professors für eklektische Philosophie Johann Sartorius (1656–1729) demonstriert Stanisław Salmonowicz die kulturelle und wissenschaftliche Blüte der akademischen Schulen in Danzig und Thorn, die viele Impulse aus Deutschland, England und vor allem aus Holland erhielten. Jerzy Dygdała schildert die Konflikte zwischen der Danziger und der Thorner Kaufmannschaft zwischen 1720 und 1724, deren Gegenstand u. a. der Fordoner Zoll war. Die Handelsprivilegien Thorns fanden in Breslau und Danzig ein negatives Echo. Die 1722 in Thorn eingeführte Generalkontribution bewirkte nicht nur innerstädtische Spannungen, sondern hatte auch einen scharfen Konflikt mit Danzig zur Folge. Die abschließenden Beiträge von Henryk Lesiński über „die Entwicklung des Handelsaustauschs von Stettin und Stralsund mit den skandinavischen Staaten im 18. Jahrhundert“ und von Gabriela Majewska über „Manufakturen in der Wirtschaftspolitik Schwedens im 17. und 18. Jahrhundert“ behandeln die wirtschaftspolitischen Verhältnisse im Ostseeraum. Sie wurden von der protektionistischen Zollpolitik Schwedens beeinflußt, das auch nach dem Verlust seiner Großmachtstellung im Nordischen Krieg – zumindest wirtschaftlich – noch eine wichtige Rolle spielte.

Berlin

Stefan Hartmann

Szlachta i ziemiaństwo na Pomorzu w dobie nowożytnej XVI–XX wieku. Przemiany struktur wewnętrznych. [Szlachta und Gutsbesitzer in „Pomorze“ in neuer Zeit – 16.–20. Jahrhundert – Veränderungen der inneren Strukturen.] Pod red. Jerzego Dygdały. Verlag Towarzystwo Naukowe w Toruniu. Instytut PAN. Toruń 1993. 149 S.